

Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Familienpolitische Forderungen für die 18. Legislaturperiode

Familienpolitik ist zu Recht eines der Schwerpunktthemen bei der anstehenden Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Gute Bedingungen für das Aufwachsen aller Kinder und für die eigenverantwortliche Gestaltung von Familie in ihrer Vielfalt sind elementar für eine humane Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft.

Besonders der Siebte und erneut der Achte Familienbericht der Bundesregierung stellen klar: Familien benötigen Unterstützung. Eltern brauchen genügend Einkommen, Infrastruktur und Zeit, um sorgen zu können. Elternschaft zu gestalten und Pflege älterer Angehöriger leisten zu können - das alles erfordert viele Kompetenzen. Diese sind nicht per se gegeben, sondern bedürfen der Stärkung und einer wertschätzenden Unterstützung. Das hilft Frauen und Männern die sich im Lebensverlauf verändernden Anforderungen durch Familie, Beruf und Gesellschaft partnerschaftlich gut zu bewältigen. Die eaf formuliert im Folgenden 13 Eckpunkte für gute Rahmenbedingungen für die Familienpolitik der nächsten Legislaturperiode des Bundestages:

1. Abbau institutioneller Fehlanreize und rechtlicher Inkonsistenzen

Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hat vor dem Hintergrund einer Lebensverlaufsperspektive die kumulativen Wirkungen von Entscheidungen auf weitere Lebensphasen analysiert. Echte Wahlfreiheit und plurale Lebensformen setzen danach gleiche Verwirklichungschancen voraus. Hierfür fehlt jedoch ein konsistenter Politikansatz. Brüche im Lebenslauf bedeuten oft Risiken für Familien. Recht und Politik

verfolgen unterschiedliche, z. T. gegensätzliche Rollen- und Familienbilder und setzen mitunter Anreize für widersprechende Lebensmodelle. Beispielsweise bleiben einerseits Minijobs erhalten und ersetzen gerade in frauentypischen Arbeitsbereichen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze; andererseits verweist das neue Unterhaltsrecht Frauen auf ihre „wirtschaftliche Eigenverantwortung“ nach einer Scheidung. Die Sachverständigenkommission des Gleichstellungsberichts hat klare Empfehlungen in der Familien-, Steuer- und Sozialpolitik erarbeitet, deren Umsetzung die eaf nachdrücklich unterstützt.

2. Die wirtschaftliche Entlastung und Förderung von Familien zügig bedarfsgerecht und sozial weiter entwickeln

Mit der Erziehung von Kindern und durch Pflegeleistungen für kranke und pflegebedürftige Angehörige leisten Familien einen für die Gesellschaft unverzichtbaren Beitrag, der einer verstärkten öffentlichen Anerkennung und Unterstützung bedarf:

- Die (überwiegend steuerliche) Entlastung durch Kinderfreibetrag und Kindergeld sollte zu einem einheitlichen Kindergeld für alle Kinder zusammengeführt werden. Dieses muss der verfassungsrechtlich gebotenen Höhe des steuerlichen Entlastungsbetrages entsprechen und auf diese Weise für Familien transparent und sozial gerechter werden.
- Beim gesetzlich geregelten Kinderzuschlag sind die Höchsteinkommengrenzen anzuheben und die Zuverdienstregelungen zu überprüfen.

In dieser Ausgabe lesen Sie:

eaf

Familienpolitische Forderungen.....1

Artikel

Dr. Maria Wersig:

Ehegattenbesteuerung - Politisch umkämpft.....5

Sabine Mundolf:

eaf Jahrestagung.....7

Riemann-Hanewinkel: »EKD-Orientierungshilfe

- Ein lohnender Schatz«.....8